

hunderts, lässt sich nicht durch die Erinnerung an den heroischen Oktober wettmachen. Russlands Größe orientiert sich an anderen Werten: Das Imperium der Zaren wurde längst wieder dem historischen Gedächtnis einverleibt und die Kontinuität des Sowjetimperiums als Einheit der mächtigen russischen Staatlichkeit beschworen.

Das Selbstbewusstsein einer großen Nation, das Putin seinem Lande nach dem Chaos der neunziger Jahre zurückzugeben bestrebt ist, orientiert sich daher am Zweiten Weltkrieg, in dessen Folge Russland eine Supermacht wurde. Das neue Lehrbuch, das Putin für den Geschichtsunterricht anforderte, soll einen neuen Stolz auf die nationale Geschichte und die nationale Solidarität vermitteln, der sich nicht zuletzt aus dem Bewusstsein speist, dass sich das heutige Russland im Besitz wichtiger, auf dem Weltmarkt hoch gehandelter Rohstoffe befindet und eine entsprechend dynamische Außenpolitik betreibt. Es soll ebenfalls lehren, dass der Eintritt in den Klub der demo-

kratischen Nationen bedeutet, einen Teil der nationalen Souveränität zugunsten der USA aufzugeben.

So wird es denn am 7. November allein den Kommunisten und einigen anderen Nostalgikern überlassen bleiben, mit Aufmärschen an die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« zu erinnern. Unterstützung finden sie dabei in Belarus, dem einzigen Land der GUS, welches die Revolution nach wie vor als nationalen Feiertag begeht, an dem Präsident Lukaschenko eine schwungvolle Rede halten wird.

Nicht zu vergessen: Neben dem 90. Jahrestag der Oktoberrevolution gilt es auch an den 70. Jahrestag der großen »Säuberungen« zu erinnern. Stalins Terror ab 1937 kann ohne die Revolution weder begriffen noch verarbeitet werden.



Jutta Scherrer (\*1942)  
ist Professorin für Russische Geschichte an der ÉCOLE DES HAUTES  
ÉTUDES EN SCIENCES SOCIALES  
in Paris.

Jochen Thies

## »Das Herz schlägt ein wenig links von der Mitte«

*Der Kanzlersturz von Helmut Schmidt vor 25 Jahren*

Die Parallelen drängen sich auf. Wie geht die SPD mit der Politik ihrer früheren Kanzler um? Willy Brandts Haltung zur Deutschen Einheit fand in seiner Partei keine emotionale Mehrheit. Helmut Schmidts NATO-Nachrüstungspolitik wurde nach seinem Sturz auf dem berühmten Raketenparteitag von Köln 1983 nach allen Regeln der Demütigung beerdigt. Und die aktuelle Kurskorrektur Kurt Becks zu den *Hartz*-Gesetzen empfinden Modernisierer in der Partei als Abkehr von Schröders couragierter *Agenda*-Politik. Unser Autor war einer der letzten Redenschreiber Helmut Schmidts im Kanzleramt. Er erinnert an das schwierige Verhältnis zwischen der SPD und ihrem zweiten Kanzler.

Helmut Schmidt stieß zufällig zur SPD. Aber Zufälle dieser Art gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit oft bei denen, die die Nazidiktatur überlebt und sich in

den Dienst der jungen Demokratie stellten. Von Hamburg aus startete er dann in den fünfziger Jahren eine politische Karriere, bei der er sich gedulden musste.

Relativ spät und erneut begünstigt durch eine überraschend eintretende Konstellation führte sie ihn 1974 ins Bundeskanzleramt, das er am 1. Oktober 1982, vor einem Vierteljahrhundert, verlassen musste. Verwunden hat Helmut Schmidt diesen Machtverlust, der ihn mit knapp 64 Jahren traf, nie so recht.

Das Verhältnis der Partei zu ihrem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden ist bis zum heutigen Tag schwierig geblieben. Willy Brandt bleibt unangefochten die Ikone der SPD. Und vielleicht ist es kein Zufall, dass in diesen Tagen, in denen die Partei um ihr Profil und ihre Zukunft ringt, eher Erhard Eppler und Egon Bahr gefragt sind als der frühere Bundeskanzler, dessen Popularität bei den Deutschen ungebrochen ist.

Aber auch Schmidt hat gewiss seinen Anteil an dieser Situation. Als er 1983 Herausgeber der Wochenzeitung DIE ZEIT wurde, entstanden für den Vollblutpolitiker und für die Redaktion Befangenheiten, die man hätte voraussehen können und die sich im Blatt immer wieder zeigten, z.B. beim Umgang mit der Nachfolgerregierung, bei SPD-Themen und zuletzt im Spätsommer 2007. Auf der einen Seite erlebte Schmidt hier in Verbindung mit der RAF-Debatte seinen wievielten publizistischen Frühling, auf der anderen schwieg seine Zeitung ebenso wie das große Hamburger Nachrichtenmagazin, als sich der Kanzlersturz zum 25. Mal jährte.

Damals, im Herbst 1982, sah es so aus, als wenn der Machtverlust für die SPD

lange anhalten sollte. Nicht von ungefähr zog Schmidt selbst die Parallele zum September 1930, als die Weimarer Große Koalition unter der Führung von Hermann Müller-Franken zerbrach und damit den Weg für die Präsidialkabinette der untergehenden ersten deutschen Republik eröffnete. Doch ganz so schlimm wurde es nicht. Wehner sollte eher Recht behalten, als er mindestens 15 Jahre bittere Opposition prophezeite, 16 sollten es werden. Während dieser Zeit und bis zum heutigen Tage hat man in Parteikreisen die Frage sorgsam ausgeklammert, warum und an wem Schmidt damals scheiterte. Die gewendeten Liberalen allein waren es nicht.

Eine offene Debatte darüber wäre schon deshalb angebracht, weil die heutigen Probleme der Partei durchaus mit dem damaligen zu tun haben. Man erinnere nur an Schmidts berühmten Stoßseufzer vor der Fraktion nach seiner Abwahl, dass noch tiefere Einschnitte ins soziale Netz, wie er sie für nötig hielt, »mit Euch nicht zu machen« seien. Es war damals ein entscheidender Grund, warum er sich der Bitte seiner Partei verschloss, bei den März-Wahlen 1983 nochmals als Kanzlerkandidat gegen Kohl ins Rennen zu gehen.

Die SPD zog sich damals nicht ungern aus der Regierungsverantwortung zurück, weil sich in der Raketendebatte ein Generationskonflikt zwischen der Kriegsgeneration und den 68ern zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung hochgeschaukelt hatte, die Brandt und Schmidt aus unterschiedlichen Gründen nicht zu schlichten bereit waren. In gewisser Weise bildete sich in beiden noch einmal die große Alternative in der deutschen Geschichte ab: Widerstand gegen eine aufziehende Diktatur zu leisten oder sich, wenn es zu spät ist, in das Unvermeidliche zu fügen.

Ein nicht unerhebliches Motiv bei Schmidts Duell mit den 68ern war übri-

gens der Verlust seiner Jugend als Soldat im Zweiten Weltkrieg. Er beneidete die 68er wegen ihrer »Friedensbiografie«. Der weitere Verlauf der Geschichte sollte dann eher Schmidt als Brandt Recht geben. Denn die Nachrüstung der NATO, die Antwort des Westens auf eine gigantische Vorrüstung der damaligen Sowjetunion, für die keinerlei Notwendigkeit bestand, führte am Ende zum Untergang der Sowjetunion und zu einem Systemwechsel unter Michail Gorbatschow. Niemand, auch Schmidt nicht, konnte 1989 allerdings damit rechnen, dass Moskau seine im Jahre 1945 eingenommen Positionen in Zentraleuropa räumen und damit den Weg zur Wiedervereinigung frei machen würde.

Als die Mauer fiel, wirkte Brandt im Übrigen weitsichtiger und zupackender als Schmidt. Beide schlossen dann unter dem Eindruck dieses Schlüsselereignisses miteinander Frieden – für das Land und für ihre Generation.

Die Partei hat dies jedoch nie geschafft. Dabei wären Worte der Einsicht, des Bedauerns, vor allem über den Verlauf des Kölner Raketenparteitags im November 1983, durchaus angebracht. Dort hatte sich die SPD bis auf einen kleinen Kreis Schmidt-getreuer Minister mit demonstrativer Brutalität vom Nachrüstungskurs ihres ehemaligen Kanzlers verabschiedet.

Bis heute, in den Tagen des Parteivorsitzenden Kurt Beck, ist die Partei nicht vor der Versuchung gefeit, sich lieber in die Opposition verabschieden zu wollen, aus Furcht davor, womöglich eine ungerichte Politik exekutieren zu müssen, mit der Konsequenz, dabei Wähler auf Seiten der Linken zu verlieren. Aber die *Agenda 2010*, auf den Weg gebracht von einem sozialdemokratischen Kanzler, ist eine historische Notwendigkeit in Zeiten der Globalisierung. Nur wer die Macht als notwendig annimmt, kann sich an ihr behaupten. Tragisch natürlich, und dies ist

fast ein Grundton in der deutschen Geschichte, dass die Partei immer dann regieren muss, wenn die Konservativen abgewirtschaftet haben und die Verteilungsspielräume kleiner werden. So gesehen, kam die Regierungsübernahme für Rot-Grün im Jahre 1998 zu spät.

Ausgerechnet Vertreter der 68er-Generation haben vor zwei Jahren der Versuchung widerstanden, in die Opposition zu gehen, um dort rechthaberisch ihren sozialpolitischen Strukturkonservatismus zu pflegen. Damit ist zumindest eine wichtige Lektion vom 1. Oktober 1982 begriffen worden: dass es wichtiger ist, zu regieren, als in der Opposition Recht zu haben. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun brachte diese Einsicht nach dem Scheitern des letzten SPD-Kanzlers der Weimarer Republik mit der Bemerkung auf den Punkt: »Man kann auf den Kurs des Wagens keinen Einfluss nehmen, wenn man nebenher läuft. Man muss auf dem Kutschbock bleiben!« Schmidt hat dieses Zitat in einem theoretischen Beitrag für den *VORWÄRTS* im April 1982, wenige Monate vor seinem Sturz, aufgegriffen.

Immerhin repräsentieren noch vier SPD-Spitzenpolitiker seine pragmatisch-machtorientierte Einstellung: der Parteivorsitzende Kurt Beck – trotz seiner *Agenda*-Korrektur, Franz Müntefering, der in der Tradition und Denke Schmidt vielleicht am nächsten steht, sowie mit Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, die wohl stärksten Fachminister im Kabinett Merkel. Vor allem steht der Block dieser vier Sozialdemokraten für einen realpolitischen Kurs in der Außen- und Sicherheitspolitik und damit in der Tradition des zweiten SPD-Kanzlers.

Was die Verankerung in der Partei betrifft, was längerfristige historische Linien angeht, scheint Schmidt im Rückblick typischer für die SPD gewesen zu sein als Brandt. Der langjährige Ehrenvorsitzende verkörperte die Sehnsüchte der Sozial-

demokratie, obwohl er im Vergleich zu Schmidt mit seiner Biografie eher der Außenseiter war.

Bei Schmidt jedoch war und ist – bei aller Begabung – viel Willen und mehr Protestantismus als Hanseatumtum im Spiel, gemäß der Luther-Parole: »Hier stehe ich und kann nicht anders.«

Die Partei hat er – in guten Augenblicken, die es in den 70er und 80er Jahren zuhauf gab – auf seine Weise geliebt. Neben den Hamburgern haben ihn vor allem die Berliner gemocht, mit denen er als junger Offizier die Bombennächte des Zweiten Weltkriegs geteilt hatte und die bei Reisen durch die Republik ihm besonders zugetan waren. Die »Helmut, Helmut«-Rufe in Berlin kamen aus der Tiefe. »Das Herz«, hat er dann bei seinen Reden zum Abschluss gesagt, »schlägt ein wenig links von der Mitte«, eine ziemlich zutreffende Beschreibung seiner Gefühlslage.

Schmidt hat in schwierigen Zeiten Deutschland auf Kurs gehalten. Mit dem Europäischen Währungssystem machte er Europa sturmfest. Im zeitlichen Abstand wird man diese politische Großtat aller Wahrscheinlichkeit nach noch höher bewerten. Er fand während der Raketendebatte, dass die Deutschen ohne Not zuviel Angst hätten. Spektakuläres wie das Ringen um die Westorientierung, die Ostverträge, nicht zu reden von der Deutschen Einheit, fand während seiner acht Kanzlerjahre gewiss nicht statt. Dafür gab Helmut Schmidt dem Land in Zeiten von zwei Ölkrisen und der Herausforderung durch den Linksterrorismus ein Gefühl der Sicherheit.



Jochen Thies (\*1944)  
ist Sonderkorrespondent  
beim DEUTSCHLANDRADIO KULTUR  
in Berlin.  
[jochen.thies@dradio.de](mailto:jochen.thies@dradio.de)